

Offener Brief von flüchtlingspolitischen Initiativen / Willkommensinitiativen im Land Brandenburg

In Brandenburg gibt es derzeit etwa 100 Initiativen, die sich für bessere Lebensbedingungen von Geflüchteten engagieren. In vielen Fällen übernehmen wir unentgeltlich Beratungs- und Versorgungsaufgaben, die eigentlich staatliche Aufgaben wären. Allerdings scheint in vielen Fällen unsere Arbeit nicht „willkommen“ zu sein. Allzu häufig haben wir das Gefühl uns zunächst gegen unsinniges Verwaltungshandeln durchsetzen zu müssen. Unser Anliegen, den neuen NachbarInnen auf Augenhöhe zu begegnen, bleibt dabei häufig auf der Strecke. In den vergangenen Monaten haben viele von uns durch Fortbildungen und Gespräche mit Geflüchteten, Übersetzen von Briefen und Begleitung zu Behörden enormes Wissen angesammelt. Doch statt unser Wissen für eine grundsätzliche Verbesserung der Situation Geflüchteter einbringen zu können, sehen wir uns oft gezwungen, in Versorgungslücken zu springen und fehlende staatliche Strukturen ausgleichen zu müssen.

Daher verlassen wir nun unsere stille Arbeit vor Ort und wenden uns gemeinsam an die Öffentlichkeit. Wir fordern die Erfüllung der wichtigsten Voraussetzungen für ein gutes Zusammenleben in Brandenburg, nämlich menschenwürdige Unterbringung sowie Versorgung und Beratung, die Geflüchtete nicht von uns ehrenamtlichen UnterstützerInnen abhängig macht.

Dazu ist notwendig:

1. Kompetente, unabhängige und gut ausgestattete Asylverfahrensberatung, in den Kommunen und in den Erstaufnahmeeinrichtungen.

Der aktuelle Entwurf zum Landesaufnahmegesetz in Brandenburg sieht keine unabhängige Verfahrensberatung in Verantwortung des Landes vor. Verfahrensberatung soll – so der derzeitige Stand – im neuen Konstrukt Migrationssozialarbeit aufgehen und in Verantwortung der Landkreise geschehen. Unsere Erfahrungen mit Entlassungen engagierter SozialarbeiterInnen und BeraterInnen in den Landkreisen lassen uns um unabhängige Beratung fürchten. Eine vertrauenswürdige Beratungsstelle muss auch gegenüber der Praxis der Ausländerbehörde kritisch sein können. Wenn sie strukturell von der Institution abhängig ist, die sie kritisieren soll, entstehen Interessenskonflikte. Gute Beratung ist unserer Erfahrung nach eines der häufigsten Bedürfnisse von Geflüchteten. Die gleiche Erfahrung machen diejenigen von uns, die an Erstaufnahmeeinrichtungen tätig sind. Mit den aktuellen Asylrechtsverschärfungen wird hier der Beratungsbedarf besonders zunehmen. Auch sind die gewachsenen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen, die es in den Landkreisen und Kommunen zum Teil gibt, hier häufig nicht gegeben, die Zuständigkeit liegt beim Land.

2. Familiennachzugsprogramm auf Landesebene

Familiennachzug ist eines der drängendsten Themen für Geflüchtete, die wir kennenlernen. Sie sind in größter Sorge um ihre Angehörigen, die sich zum Teil noch in Kriegsgebieten, zum Teil auf der langen und gefährlichen Flucht befinden. Es gibt für keinen Menschen ein Ankommen in einem neuen Land, während sie von ihren Nächsten getrennt sind oder sich diese irgendwo in Gefahr befinden. Auf Bundesebene wird sich die Situation wohl weiter verschlechtern. Die Landesregierung sollte hier gegensteuern. Wir brauchen ein unbürokratisches Familiennachzugsprogramm auf Landesebene.

3. Kein weiterer Ausbau der Erstaufnahmeeinrichtungen

Die geplanten bzw. schon umgesetzten Verschärfungen des Asylrechts sehen einen massiven Ausbau der Erstaufnahmeeinrichtungen und eine verfassungswidrige Einschränkung der dortigen Lebensbedingungen vor. Wir beobachten das mit größter Sorge. Die Landesregierung muss ihre Ermessensspielräume nutzen, um unsinnig lange Verweildauer in Erstaufnahmeeinrichtungen zu verhindern, um das Kindeswohl und das Recht auf (externen) Schulbesuch für Kinder in Erstaufnahmeeinrichtungen sicherzustellen und um möglichst schnell eine menschenwürdige Aufnahme zu gewährleisten. Auf Bundesebene ist eine Selektion von Geflüchteten bereits vor einer individuellen Prüfung des Asylantrags angedacht. Über das Konstrukt „sichere Herkunftsländer“ sollen ganze Gruppen aus der normalen Aufnahme und Verteilung ausgenommen werden und unter grundrechtswidrigen Bedingungen, ohne adäquate Beratung und mit extrem eingeschränkten Möglichkeiten der gerichtlichen Überprüfung von Entscheidungen in Sonderlagern verwahrt, durch Schnellverfahren geschleust und nach Möglichkeit schnell abgeschoben werden. Kranke Geflüchtete sollen keinen Zugang zu unabhängigen, qualifizierten ÄrztInnen haben, sondern lediglich von VertrauensärztInnen der Behörden die Reisefähigkeit bescheinigt bekommen. Wir befürchten, dass solchermaßen isolierte Einrichtungen insbesondere zur Folge haben, dass Kontakt zu unterstützenden Initiativen und zum gesellschaftlichen Leben weitestgehend unterbunden wird. Damit werden die bei uns lebenden Geflüchteten weiter von der Bevölkerung abgeschottet, was mit all unseren Bemühungen, sie hier willkommen zu heißen, in schärfstem Widerspruch steht.

Wir fordern die Landesregierung auf sich klar gegen diesen Frontalangriff auf das individuelle Grundrecht auf Asyl und das verfassungswidrige Unterschreiten des menschenwürdigen Existenzminimums zu positionieren und ihre Handlungsspielräume auf Landesebene zu nutzen, um das Grundrecht auf Asyl so gut wie möglich zu gewährleisten und eine menschenwürdige Aufnahme für alle Geflüchteten sicherzustellen.

4. Recht auf Besuch

Wir wollen unsere neuen NachbarInnen kennenlernen, dazu müssen wir sie auch besuchen dürfen. Dabei haben wir das Grundgesetz auf unserer Seite. Die Unverletzlichkeit der Wohnung und die allgemeine Handlungsfreiheit garantiert Geflüchteten ein Recht auf Besuch. Pauschale Hausverbote, wie sie einige von uns in Sammelunterkünften bekommen haben, sind nicht nur unsinnig, sondern auch grundgesetzwidrig. Geflüchtete müssen die Möglichkeit haben Besuch zu empfangen. Im Falle von sogenannten Notunterkünften, deren Nutzung derzeit zeitlich nach hinten offen ist und die ohnehin auf vielerlei Weisen die Grundrechte von Menschen gefährden oder verletzen, erfordert das die Einrichtung von Besuchsräumen, in denen ein Mindestmaß an Privatsphäre gewährleistet ist.

5. Erkennung und Versorgung besonders schutzbedürftiger Geflüchteter

Täglich begegnen wir Geflüchteten, die einen besonderen Schutzbedarf haben, wie traumatisierten und psychisch kranken Menschen, schwer körperlich Kranken oder Schwangeren, Minderjährigen (und ihren Eltern), älteren Menschen, Menschen mit Behinderung, Alleinerziehenden, oder Opfer von Folter, Gewalt oder Menschenhandel. In den meisten Fällen sind wir die ersten, die sich dafür interessieren, oder dies erfahren, wenn wir unsere neuen NachbarInnen besser kennen lernen. In vielen Fällen fehlt eine angemessene Versorgung, oder auch nur Erkennung dieser besonderen Schutzbedürftigkeit, obwohl dies seit Mitte 2015 auch in Deutschland geltendes Recht vorgibt. Abgesehen von dem Leid, das Geflüchteten dadurch entsteht und von der drohenden Verschlimmerung ihres Zustands, wenn sie nicht angemessen versorgt werden können, stellt das für uns ehrenamtlich Engagierte eine enorme Überforderung dar. Auch in diesem Bereich müssen wir in umfassendem Maße das Versagen der Aufnahmestrukturen kompensieren. Der besondere

Bedarf dieser Personengruppe muss schon bei Ankunft erkannt werden und eine professionelle soziale, medizinische und psychosoziale bzw. psychotherapeutische Versorgung sichergestellt werden.

6. Wohnungsunterbringung

Sammelunterkünfte sind in jeder Hinsicht ungeeignet für die menschenwürdige Aufnahme und Unterbringung von Menschen. Besonders schutzbedürftige Geflüchtete, wie traumatisierte Menschen, alleinerziehende Frauen, Menschen mit Behinderung, Kinder, ältere und schwer kranke Geflüchtete und betroffene von Gewalt müssen sofort nach Ankunft in Wohnungen ziehen dürfen. Aber auch für alle anderen sind abgelegene Standorte, mangelnde Privatsphäre, Enge, Stress und Überwachung ganz offensichtlich eine Zumutung, die Gewalt produziert und Menschen noch schutzloser macht. Nicht zuletzt liefern abgeschottete Sammelunterkünfte Bilder von Ausgrenzung, Überforderung und abstrakter Gefahr. Sie leisten so rassistischen Ressentiments Vorschub und stellen gleichzeitig Anschlagziele zur Verfügung.

Auch im bundesweiten Vergleich hinkt Brandenburg in der Wohnungsunterbringung nach wie vor hinterher, inzwischen sind an die 100 (z.T. Groß)Sammelunterkünfte errichtet. Es ist höchste Zeit gegenzusteuern. In Brandenburg muss es ein klares Bekenntnis zu einem Vorrang von Wohnungsunterbringung geben. Dazu bedarf es auch bei Investitionspauschalen einer Bevorzugung der Wohnungsunterbringung gegenüber der Errichtung von Sammelunterkünften und einer sofortigen Neuauflage des Sozialen Wohnungsbaus in Zentren mit Beratungs- und Betreuungsinfrastruktur.

7. Klare Position gegen Rechte Gewalt – Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt

Beinahe täglich kommt es zu Angriffen auf Geflüchtete und auf (geplante) Unterkünfte. Zunehmend sind auch ihre UnterstützerInnen im Visier von RassistInnen. Die tatsächliche oder gefühlte Bedrohung erreicht zum Teil auch Menschen, die Geflüchtete in ihrem Betrieb anstellen oder in ihrem Wohnhaus eine Wohnung an sie vermieten möchten. Dieses Umfeld, das der Aufnahme von Geflüchteten positiv gegenüber steht, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren.

Die Landesregierung muss daher eine klare Position gegen rechte und rassistische Gewalt beziehen, indem sie konkrete Schritte in die Wege leitet, die sowohl Geflüchtete als auch UnterstützerInnen schützt und unterstützt. Sie muss auch dafür Sorge tragen, dass TäterInnen konsequent bestraft werden.

Wir schließen uns der Forderung von Beratungsstellen nach einem Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt an und fordern die Landesregierung auf eine solche Regelung auf Landesebene umzusetzen.

8. Mitbestimmungsrecht von Initiativen und Geflüchteten

Bei der Planung von Aufnahme und Unterbringung müssen Geflüchtete selbst und wir als engagierte AnwohnerInnen und UnterstützerInnen mit einbezogen werden. In manchen Landkreisen geschieht das schon partiell. Es versteht sich von selbst, dass es für uns nicht um die Frage geht, ob Geflüchtete in unserer direkten Nachbarschaft wohnen werden, sondern um die menschenwürdige Ausgestaltung dieser Unterbringung und um die Ermöglichung von Partizipation.

9. Landesprogramm für Deutschunterricht ausbauen

Der Wunsch nach Deutschunterricht und der Mangel an Deutschkursen ist häufig eines der ersten Probleme, die Geflüchtete an uns herantragen. Viele von uns bieten mit enormem persönlichen Aufwand ehrenamtlichen Deutschunterricht an. Wir können professionelle Deutschkurse aber nicht ersetzen und

schon gar nicht den Bedarf decken. Wir brauchen dringend einen Ausbau des Landesprogramms für Deutschunterricht und einen massiven Ausbau des Deutschförderunterrichts an Schulen.

10. Finanzierung von DolmetscherInnen und SprachmittlerInnen.

Die Finanzierung von DolmetscherInnen bei Behördengängen und Arztbesuchen ist eigentlich gesetzlich geregelt, funktioniert aber nicht. Die Landesregierung sollte intervenieren und das notwendige Hinzuziehen von qualifizierten DolmetscherInnen sicherstellen.

Noch häufiger als wir UnterstützerInnen übernehmen Geflüchtete selbst Sprachmittlertätigkeiten. Da ihnen häufig selbständige Tätigkeit verboten ist, können wir ihnen selbst bei zur Verfügung stehenden Mitteln kein Honorar bezahlen. Hier wäre eine Ausnahmeregelung für die Vergütung von Sprachmittlertätigkeiten angeraten.

Sprachmittlung durch UnterstützerInnen sollte ohnehin nur bei inoffiziellen Gelegenheiten in Anspruch genommen werden. Sowohl zum Schutz der Privatsphäre als auch wegen der Notwendigkeit exakter und fachgerechter Übersetzung müssen bei Behörden und Arztbesuchen professionelle DolmetscherInnen zur Verfügung stehen.

Wenn die Landesregierung es ernst meint mit ihrem Bekenntnis zu einer Willkommenskultur, dann sollte sie den Menschen zuhören, die sie jeden Tag und in jedem Einzelfall versuchen umzusetzen. Planen Sie uns nicht länger als kostenlose Kompensation für verfehlte oder verpasste Aufnahmepolitik ein! Arbeiten Sie nicht gegen uns, sondern unterstützen Sie uns, Geflüchtete in diesem Land wirklich willkommen zu heißen!

Belziger Forum e.V./Infocafé Der Winkel

Willkommensinitiative Biesenthal

Willkommensinitiative Birkenwerder

Willkommen in Borgsdorf

FluMiCo, Cottbus

Willkommensinitiative Dallgow

Aktionsbündnis „Fehrbellin bleibt bunt“

FlüNet – Flüchtlingsnetzwerk Forst (Lausitz)

(bestehend aus: Flüchtlingsberatung (Diakonisches Werk EE), Migrationsberatung Diakonisches Werk Niederlausitz, Stadtteilmanagement Forst (Lausitz), Stadt Forst (Lausitz) FB Bildung und Soziales, Asylbewerberheim Forst (Lausitz), NIX e.V., Forster Brücke, Park7 e.V., Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Forst, Offenbar e.V., Paul Gerhardt Werk (inkl. Netzwerk Gesunde Kinder), Kreisjugendring Spree-Neiße e.V., Runder Tisch für Demokratie und Toleranz Forst (Lausitz), Polizei, RAA Cottbus, Brandenburgische Sportjugend, Integrationsbeauftragte des Landkreises Spree-Neiße, SOS-Kinderdorf Mehrgenerationenhaus, Kompetenzzentrum Forst, Abgeordnete, Flüchtlinge, Bürger/innen der Stadt)

Forster Brücke, Forst

Utopia e.V., Frankfurt (Oder)

verbundungshaus fforst e.V., Frankfurt (Oder)

"Vielfalt statt Einfalt in Frankfurt (Oder)" e.V.

Runder Tisch Asyl Friesack
Willkommen in Fürstenberg
Willkommen in Gransee
Flüchtlingshilfe Großbeeren e.V. aus Großbeeren
Netzwerk Flucht und Migration der Stadt Guben
Hennigsdorfer Ratschlag
Willkommen in Hohen Neuendorf
Willkommensinitiative Get2gether Hoppegarten
Evangelische Kirchengemeinde Joachimsthal
Kommunität Grimnitz e.V. in Joachimsthal
Willkommensgruppe Joachimsthal
Willkommen in KW, Königs Wusterhausen
Zu Gast in KW, Königs Wusterhausen
Willkommen in Lentzke
Verein Mensch Luckau
Arbeitskreis Asyl Luckenwalde
Unterstützergruppe in Lychen
Arbeitsgruppe Flüchtlinge in Michendorf (AG FiM)
Willkommenskreis Müncheberg
Willkommensinitiative Nauen
Willkommenskreis Neuhardenberg e.V.
ESTAruppin e.V., Neuruppin
Willkommen in Oberhavel
Willkommen bei uns in Oberkrämer-Leegebrück- Velten
Willkommen in Oranienburg
Initiative Staudenhof der FH Potsdam
Mutter-Kind Deutschkurs im Treffpunkt Freizeit, Potsdam
Pangea Projekt, Potsdam
Ehrenamtliche Deutschlehrer*innen in der Potsdamer Erstaufnahme HMA103
Infobüro der Freiwilligen in der Potsdamer Erstaufnahme HMA103
Potsdamer Antirassistische Aktion
Sprach-Tandem Potsdam
Willkommensinitiative Templin
Willkommen in Wandlitz / AG Basdorf
Farfalla, Waßmannsdorf

Uta Hunger, Flüchtlingshilfe Babelsberg
Imma Harms, Willkommenskreis Bliesdorf
Susanne Mosch, Borgsdorf
Andrea Honsberg, Eberswalde
Conni Bellaroussi, Willkommen in Falkensee
Christoph Böhmer, Willkommen in Falkensee
Ullaa Dieker, Willkommen in Falkensee
Pf. Gisela Dittmer, Willkommen in Falkensee
Herr und Frau Franke, Willkommen in Falkensee
Marion Gottschalk, Willkommen in Falkensee
Ronald Jochens, Willkommen in Falkensee
Tanja Klaka-Tauscher, Willkommen in Falkensee
Kathleen Kunath, Willkommen in Falkensee
Norbert Matzies, Willkommen in Falkensee
Human Mirrafati, Willkommen in Falkensee
Uta Munzinger, Willkommen in Falkensee
Ulrich Nettelstroth, Willkommen in Falkensee
Ursula Nonnemacher, Willkommen in Falkensee
Helga Pies-Lümmen, Willkommen in Falkensee
Angelika Quante, Willkommen in Falkensee
H. Rehkler, Willkommen in Falkensee
Jörg Schmidt-Wottrich, Willkommen in Falkensee
Sigrid Schubert-Mirrafati, Willkommen in Falkensee
Petra Theuerkauf, Willkommen in Falkensee
Thomas Klähn, Frankfurt (Oder)
Verena Bublies, Willkommensinitiative Glienicke
Marianne Bunyan, Gransee
Tarek Ghadri, Hennigsdorf
Ricarda Wallmeyer, Get Together Hoppegarten
Edith v. Thüngen, Willkommensinitiative „Hilfe mit Plan“ Kremmen, Arbeitskreis Paten und Betreuung
Ingrid und Reiner Tietz, Willkommensinitiative „Hilfe mit Plan“ Kremmen, Arbeitskreis Paten und Betreuung
Norma Strauß, Lentzke
Urte Rättsch, Lychen
Christian Krasemann, Stadtverordneter in Lychen
Thomas Held, Stadtverordneter in Lychen
Melanie Torge, Stadtverordnete in Lychen
Michaela Ambellan, Lychen

Martina Busch, Lychen
Alexander Reiprich, SPD Lychen
David Krasemann, Lychen
Veronika Otte, Lychen
Anita Gabriel, tiansalo Intercultural Michendorf
Lynne Hunger, Unterstützer_innenkreis Müncheberg
Birgitt Bartelt, Oranienburg
René Laatzig, Oranienburg
Brigitte Kellermann, Oranienburg
Mona Schröder, Oranienburg
Dagmar Jurat, Oranienburg
Christine Schoenmakers, Oranienburg
Reinhart Kolms, Oranienburg
Anne Schumacher, Oranienburg
Kathrin Wilhelmsen, Oranienburg
Sabine Thorwarth, Unterstützerin in Panketal
Petra Bussenius, Unterstützerin in Panketal
Grit Kleine, Unterstützerin in Panketal
Werner Zeltner, Unterstützer in Panketal
Kristine Neumann, Unterstützerin in Panketal
Heidemarie Tünge, Unterstützerin in Panketal
Heidi Bünsche, Unterstützerin in Panketal
Sylvia Griffin, Unterstützerin in Panketal
Kirsten Seip, Unterstützerin in Panketal
Martin Hollants, Reichenow
Peter Griephan, Flüchtlingshilfe Schönefeld
Sabine Funck, Templin
Michael Erhardt, Templin
Kerstin Eißrich, Templin
Gisbert Baarmann, Templin
Anne Haberland, Templin
Louis Trettin, Welcome Refugees
Hiltrud Preuss, Sprecherin BI Zossen zeigt Gesicht
Jörg Wanke, BI Zossen zeigt Gesicht